

# Streit geht in nächste Runde

Die vorberatende Kommission des Kantonsrats will die Projektierungsarbeiten zum Autobahnzubringer Güterbahnhof in St. Gallen beschleunigen.

Luca Hochreutener

Der Streit zwischen den Gegnerinnen und Befürwortern der Engpassbeseitigung geht in die nächste Runde. Ende August veröffentlichten die bürgerlichen Stadt- und Kantonsratsfraktionen der FDP, SVP und Mitte gemeinsam eine Mitteilung, in der sie fordern, mit der Engpassbeseitigung «vorwärtzumachen». Die drei Parteien gehören im Kanton St. Gallen zu den grössten und lautesten Unterstützerinnen des Projekts. Nun hat die vorberatende Kommission des St. Galler Kantonsrats ihre Forderung übernommen.

Die Kommission, präsiert von Walter Gartmann (SVP), hat sich mit den aktuellen Strassenbau- und ÖV-Programmen auseinandergesetzt. Im Rahmen Ersterer verlangt sie eine deutliche Beschleunigung der Projektierungsarbeiten der Engpassbeseitigung der St. Galler Stadtautobahn, insbesondere des umstrittenen Teilprojekts Autobahnzubringer Güterbahnhof.

## Stadt will Projekt blockieren

Es handelt sich bei der Forderung um eine recht unverblühte Reaktion auf einen Entscheid des St. Galler Stadtparlaments, über den sich auch FDP, SVP und Mitte echauffiert hatten. Nämlich den Autobahnzubringer Güterbahnhof aus dem städtischen Richtplan herauszustreichen. Zusätzlichen Rückenwind dürften den Befürworterinnen und Befürwortern jene Zahlen geben, die der Kanton Mitte August veröffentlicht hat. Gemäss eines überarbeiteten Verkehrsmodells ist für die Zeit nach dem Bau des Zubringers fest mit einer Entlastung zu rechnen.

Trotzdem ist da noch das Veto des Stadtparlaments und von dessen linksgrüner und grünliberaler Mehrheit. Wollen die Befürworterinnen und Befürworter diesen Widerstand ignorieren?

Kommissionspräsident Walter Gartmann sagt dazu: «Das Stadtparlament sollte sich jeweils besser überlegen, welche Konsequenzen seine Beschlüsse für die Zukunft haben.» Ein neuer Anschluss bringe Entlastungen für den Stadtverkehr und damit mehr Sicherheit und weniger Lärm. Am Widerstand des Stadtparlaments störe ihn am meisten das gegenseitige Auspielen von öffentlichem Verkehr (ÖV) und Strassenverkehr. «Wir brauchen beides und täten



Bisher hat das Stadtparlament zwei Mal seine Ablehnung gegenüber dem Projekt Autobahnzubringer Güterbahnhof gezeigt. Auf Kantonsebene haben die Beschlüsse aber keine Bedeutung. Bild: Donato Caspari



Walter Gartmann, Präsident der SVP und der vorberatenden Kommission. Bild: Donato Caspari

gut daran, die Stärken beider Seiten gegenseitig zu ergänzen.» Auch in der Stadt St. Gallen sei der ÖV weitgehend auf das Strassennetz angewiesen. Der Kanton solle das Projekt der Engpassbeseitigung deshalb vorrangig behandeln. «Der Kanton hat so viele Projekte, dass er Prioritäten setzen muss», sagt Gartmann. Deshalb sei es wichtig, dass alle Beteiligten für die Wichtigkeit der Thematik sensibilisiert würden.

Dem Bundesamt für Strassen (Astra) ist jedenfalls kein Zögern vorzuerwerfen. Inzwischen hat die Behörde rund 130 Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer über eine künftige Projektierungszone für die neuen Tunnel informiert.

## Vorwürfe an linksgrüne Mehrheit

Wenig überraschend wird die Forderung auch von der FDP unterstützt. Kantonsrätin Isabel Schorer, FDP-Delegationsleiterin in der vorberatenden Kommission, stellt klar: «Der Kanton hat bis heute sehr gut gearbeitet.» Wenn es aber gelinge, die aufwendigen Planungsarbeiten vor dem nächsten Strassenbauprogramm 2028 abzuschliessen, könnten die entsprechenden Be-



Isabel Schorer, FDP-Delegationsleiterin in der vorberatenden Kommission. Bild: Benjamin Manser

schlüsse des Kantonsrats früher gefasst werden. «Wir erwarten vom Kanton, dass er die Arbeiten so rasch wie möglich vorantreibt und seine Ressourcen auf dieses Jahrhundertprojekt konzentriert.»

Und die Beschlüsse des Stadtparlaments? Für das Projekt haben diese laut Schorer keine Bedeutung. Der städti-

## Das sagt die Gegnerschaft

Mit der Richtplananpassung lehnen sich die Stadtparlamentarierinnen und -parlamentarier zum zweiten Mal gegen die Pläne des Kantons und des Bundes auf. Im November 2020 forderte das Parlament den Stadtrat per Postulat dazu auf, sich gegen den Bau des Autobahnzubringers zu positionieren.

Die Gegnerinnen und Gegner argumentieren mit einer verfehlten und wenig zukunftsreichen Verkehrspolitik, die Bund und die Kantone St. Gallen, Thurgau und beide Appenzell verfolgen. Sie fördere am ehesten den Individualverkehr und stelle Klimaschutz hinten. (hol)

sche ist dem kantonalen Richtplan nämlich untergeordnet. «Sie zeigen aber, dass die derzeitige linksgrüne Mehrheit des Stadtparlaments ausser Opposition gegen ein wichtiges Strassenbauvorhaben keine weiteren Ideen hat.» Diskussionsveranstaltungen etwa würden geschwänzt, Vorschläge für städtebauliche Entwicklungen verweigert. Erstaunlich sei insbesondere, dass sich die städtischen Volksvertreterinnen und -vertreter immer noch über die 2016 deutlich abgelehnte Güterbahnhof-Initiative hinwegsetzen würden. «Das ist antidemokratisch und eine Verweigerungshaltung.»

## Stadt darf nochmals abstimmen

Auch die Mitte des Kantons St. Gallen betont auf Anfrage die Vorteile der Engpassbeseitigung. «Die Stadt und ihre Quartiere werden wirkungsvoll und spürbar vom Verkehr entlastet und die gute Erreichbarkeit der Stadt wird jederzeit sichergestellt.» Ausserdem liegen Entscheide von Bundesrat, Nationalrat, St. Galler Regierung und Kantonsrat und der städtischen Stimmbevölkerung vor. Deshalb müssten die Arbeiten vorangetrieben werden.

Ausserdem weist die Mitte darauf hin, dass die Stabsankgaller Stimmbevölkerung bald Gelegenheit haben werde, ihre Meinung zum Projekt abzugeben. Eine Abstimmung zu den Autobahnanschlüssen wird voraussichtlich zwischen Mitte 2024 und Mitte 2025 stattfinden. So schrieb es die Kantonsregierung als Antwort auf eine einfache Anfrage der bürgerlichen Fraktionen im Kantonsrat.

## Keine Busse für Eggersrieter Gemeindepräsident

Die banale Frage, wo Roger Hochreutener wohnt, ist nach drei Jahren geklärt.

Melissa Müller

Nach drei Jahren findet der Eggersrieter Wohnsitz-Streit ein Ende. Nun steht fest: Roger Hochreutener wohnt nicht in Eggersriet. «Das Verfahren um Feststellung des zivilrechtlichen Wohnsitzes ist abgeschlossen», bestätigt Alexander Gulde, Leiter des Amtes für Gemeinden und Bürgerrecht.

Eine Bürgerin hatte im September 2020 eine Beschwerde beim Kanton eingereicht. Der Vorwurf lautete, dass Hochreutener trotz Wohnsitzpflicht nicht in Eggersriet wohne.

## Keine rechtlichen Konsequenzen

Nachdem das Departement des Innern festgestellt hatte, dass er nicht in Eggersriet wohnhaft sei, hatte Hochreutener die Verfügung an das Verwaltungsgericht weitergezogen. Nun hat er die Beschwerde zurückgezogen.

Warum? Hochreutener ist nicht erreichbar, dafür nimmt sein Anwalt Benno Lindegger Stellung: «Es ist relativ einfach: Er hat ja schon eine Ausnahmebewilligung des Kantons. Darum muss er kein Verfahren mehr anstrengen, das Kosten auslöst und Zeit raubt.» Anerkennt Hochreutener damit, dass er nicht in Eggersriet wohnt? «Das ist eine Frage der Interpretation», sagt Anwalt Lindegger. «Er kann wohnen wie er will in St. Gallen. Die Wohnsitzfrage muss nicht mehr geprüft werden vom Verwaltungsgericht. Hochreutener ist nicht darauf angewiesen.»

Laut dem Amt für Gemeinden und Bürgerrecht kassiert Hochreutener keine Busse. Als Laie ist man erstaunt. Hochreutener ist seit über zehn Jahren Gemeindepräsident von Eggersriet und wohnt nicht dort. Die Wohnsitzpflicht ist in der Kantonsverfassung geregelt. Wozu braucht es Vorschriften, wenn es anscheinend keine Rolle spielt, ob sie eingehalten werden? Warum wird er nicht gebüsst? «Dafür gibt es keine rechtliche Grundlage», sagt Alexander Gulde.

Im Mitteilungsblatt schreibt der Gemeinderat zum Thema Wohnsitzfrage, dass sich das Verfahren erübrigt habe – zumal der Kanton Hochreutener eine Ausnahmebewilligung erteilt hat: Er darf bis April 2024 Gemeindepräsident von Eggersriet bleiben. Der 62-Jährige habe seit je her die Absicht gehabt, in Eggersriet zu wohnen, heisst es

weiter im Gemeindeblatt. Das habe er auch weiterhin vor, «das sich Roger Hochreutener in unserer Gemeinde Eggersriet sehr wohl fühlt». Er habe Baupläne. Die Bewilligung für seine Liegenschaft an der Heidenerstrasse 12 sei jedoch noch nicht rechtskräftig.

## Krank geschrieben serviert – jetzt «teilarbeitsfähig»

Zuletzt gab zu reden, dass Hochreutener in einem St. Galler Restaurant servierte, obwohl er in seiner Gemeinde Eggersriet krankgeschrieben war. Die Gemeinde Eggersriet sah darin kein Problem. Auch sein Anwalt begründete dies damit, dass Hochreutener, der unter einem Virusinfekt leide, «arbeitsplatzbezogen krank» sei.

Nun ist der Gemeindechef laut dem Gemeindeblatt «aktuell aus gesundheitlichen Gründen nur teilarbeitsfähig». Er werde sich seine Aufgabe bis zu



Roger Hochreutener, Gemeindepräsident. Bild: Hanspeter Schiess

seinem Rücktritt im kommenden Frühling mit Vizegemeindepräsident Gerold Hochreutener aufteilen (mit dem er nicht verwandt ist).

## Mitglieder gesucht für Findungskommission

Die Gemeinde Eggersriet will nun eine unabhängige Findungskommission einsetzen, um nach Kandidatinnen und Kandidaten für das Gemeindepräsidium zu suchen. In der Regel werde eine Findungskommission durch die Ortsparteien gebildet, doch in Eggersriet seien wenige Parteien aktiv.

Die Ersatzwahl soll so bald wie möglich stattfinden, um eine Vakanz nach Hochreuteners Rücktritt möglichst kurz zu halten. Der Gemeinderat sucht bis 6. Oktober Personen, die sich in der Findungskommission engagieren wollen. Man lege Wert auf eine ausgewogene Zusammensetzung in der Kommission in Bezug auf Geschlecht, Dorfteil, Alter und Partei.